



Antrag

Fraktion AfD

Maßnahmenplan zur sofortigen Erhöhung des Abschiebedrucks und der Rückführungszahlen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag einen detaillierten Maßnahmenplan des Ministers für Inneres und Sport vorzulegen, um den Abschiebedruck gegenüber sofort ausreisepflichtigen Ausländern zu erhöhen. Das Ziel ist die effektive Steigerung der Rückführungszahlen. Der Maßnahmenplan muss beinhalten, dass insbesondere Asylanträge aus sicheren Herkunftsstaaten innerhalb von 48 Stunden beschieden werden.

Der Maßnahmenplan muss zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport vorgestellt werden.

Begründung

Die Zahl der Asylbewerber sinkt, aber die Probleme bei der Bewältigung steigen weiter an. Die Behördenentscheidungen dauern nach wie vor zu lange. Die Bescheidung der Asylanträge dauert im Schnitt über sieben Monate, bei den unbegleitet minderjährigen Ausländern beträgt die Bearbeitungsdauer sogar über zehn Monate. Aber auch die Zahl der tatsächlichen Abschiebungen ist zu gering. Mehr als 4200 abgelehnte Asylbewerber befinden sich derzeit in Sachsen-Anhalt.

Der Volksstimme war am 19. Oktober zu entnehmen, dass der Minister für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht (CDU), ankündigte, den Abschiebedruck gegenüber sofort ausreisepflichtigen Ausländern zu erhöhen. Dafür will der Minister im Landesverwaltungsamt spätestens bis zum Jahresende eine zusätzliche neue Organisationseinheit schaffen, die mit 15 neuen Stellen ausgestattet wird. Landkreise und kreisfreie Städte sollen zudem durch eine „Task-Force“ des Landes unterstützt werden. Der Minister Stahlknecht sagte, dass Abschiebungen die konsequente Umsetzung des Rechtsstaates seien und es deswegen kein Nachlassen des Staates geben dürfe.

(Ausgegeben am 20.10.2016)

Die Fraktion der AfD begrüßt das Ansinnen des Ministers und die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Prinzipien ausdrücklich. Aber durch Ankündigungen ändert sich noch nichts, deshalb soll der Minister seinen Plan dem Landtag zur Verfügung stellen, damit er auch an der Umsetzung der Maßnahmen gemessen werden kann.

Daniel Roi
Parlamentarischer Geschäftsführer